

# »Nationaler Egoismus taugt nicht als Ordnungsprinzip für die Welt des 21. Jahrhunderts«

Rede des deutschen Außenministers Sigmar Gabriel bei der 72. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 21. September 2017 in New York

Wir scheinen vor einer Phase politischer Stürme und Erdbeben zu stehen. Der Ton der internationalen Konfrontationen scheint von Tag zu Tag und von Rede zu Rede härter, unversöhnlicher und kriegerischer zu werden. Wir als verantwortliche Politikerinnen und Politiker müssen uns dringend die Frage stellen: Wie kann es uns gelingen, eine Trendwende einzuleiten? Eine Trendwende hin zu mehr Frieden, mehr Stabilität, weniger Hunger und Armut, besseren Lebensperspektiven für alle Menschen auf dieser Welt. Wie schaffen wir es, dass das Ziel der Globalisierung endlich Gerechtigkeit für alle und nicht nur Reichtum für wenige darstellt?

Eine Antwort darauf, wie wir diese Trendwende erreichen können, gibt ein Bericht an den Generalsekretär der Vereinten Nationen. Darin heißt es: Wir dürfen uns nicht beschränken auf die klassischen Fragen nach Krieg und Frieden. Sondern wir müssen daran arbeiten, »wie man den Hunger in der Welt besiegt, wie man das Massenelend überwindet und die herausfordernden Ungleichheiten in den Lebensbedingungen zwischen Reichen und Armen.«

Ich finde diese Analyse sehr treffend. Das Bittere an diesem Zitat ist, dass es nicht aus einem aktuellen Bericht an den Generalsekretär der Vereinten Nationen stammt. Die zutreffende Analyse der Lage der Welt stammt aus einem Bericht, der fast auf den Tag genau für die Vereinten Nationen vor 40 Jahren in Auftrag gegeben wurde. Dem Bericht der internationalen Nord-Süd-Kommission, die im September 1977 ihre Arbeit aufgenommen hat. Vorsitzender der Kommission war der frühere deutsche Bundeskanzler Willy Brandt. Die Menschheit steht heute im Grunde immer noch vor den gleichen strukturellen Schwierigkeiten wie damals – aber es scheint fast schwieriger geworden zu sein, die Welt zum Besseren zu verändern.

Wenn man sich in der Welt umschaute, dann scheint sich immer mehr eine Weltsicht durchzusetzen, die



Bundesaußenminister Sigmar Gabriel UN PHOTO: CIA PAK

immer nur die eigenen nationalen Interessen absolut setzt und die sich für den Interessenausgleich zwischen den Nationen und Völkern dieser Welt nicht mehr engagieren will. Nationaler Egoismus taugt nicht als Ordnungsprinzip für die Welt des 21. Jahrhunderts! Denn diese Weltsicht, die nur auf nationalen Egoismus setzt, beschreibt die Welt als eine Arena, eine Art Kampfbahn, in der jeder gegen jeden kämpft, und in der man allein oder in Zweckbündnissen seine Interessen gegen andere durchsetzen muss. In dieser Weltsicht herrscht das internationale Recht des Stärkeren und nicht die Stärke des internationalen Rechts. Ich bin sicher, dass wir uns dieser Weltsicht engagiert entgegenstellen müssen. Wir brauchen mehr internationale Zusammenarbeit und weniger nationalen Egoismus und nicht umgekehrt.

Schon die Nord-Süd-Kommission hat vor 40 Jahren erkannt: Globale Probleme lassen sich nicht durch Konfrontation, sondern nur durch das oft-

mals mühsame Herausarbeiten von Kompromissen und gemeinsamen Interessen lösen. Am Ende gewinnt kein Land, keine Nation, wenn sie nur versucht, die eigenen Interessen durchzusetzen. Denn wenn das alle tun würden, steigen die Konfrontationen und Konflikte und sinkt der Wohlstand.

Das Motto ›Unser Land zuerst‹ führt nur zu mehr nationalen Konfrontationen und zu weniger

## Nicht immer ist im eigenen Land der Aufruf zur internationalen Zusammenarbeit und zum Interessenausgleich populär.

Wohlstand. Am Ende gibt es nur Verlierer. Unsere historische Erfahrung als Deutsche ist eine ganz andere: Erst seit wir nach zwei schrecklichen Weltkriegen gelernt haben, in unseren ehemaligen Feinden Nachbarn, Partner und Freunde zu erkennen, mit denen wir gemeinsam Verantwortung für das friedliche Miteinander übernehmen wollen, erst seit dem geht es auch unseren eigenen Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland besser. Wir haben gelernt: Nicht ›Germany first‹ hat unser Land stark und wohlhabend gemacht, sondern nur ›european and international responsibility first‹ hat auch uns Deutschen Frieden und Wohlstand verschafft. In der internationalen Zusammenarbeit verliert niemand Souveränität, sondern wir gewinnen alle zusammen neue Souveränität, die wir alleine als Nationalstaaten in der Welt von heute gar nicht mehr haben. Deshalb ist die Europäische Union heute der Handlungsrahmen für unsere deutsche Politik. Dieser Weg war oft steinig und anstrengend. Denn nichts ist schwieriger als aus früheren Feinden Freunde zu machen.

Nicht immer ist im eigenen Land der Aufruf zur internationalen Zusammenarbeit und zum Interessenausgleich populär. Aber dieser Mut hat in Europa nach Jahrhunderten der Kriege endlich Frieden und Wohlstand geschaffen. Und wir Deutschen sind den mutigen Menschen in Frankreich, in Belgien, in Luxemburg, Italien und in vielen anderen Ländern in Europa heute dankbar dafür, dass sie nach dem Zweiten Weltkrieg den Mut hatten, auch uns, ihre ehemaligen Feinde, einzuladen, neue Freundschaften und Partnerschaften zu schließen. Weil wir diese Erfahrung in Deutschland und Europa gemacht haben, treten wir für starke und funktionsfähige gemeinsame Institutionen ein – allen voran die Vereinten Nationen.

Wie dringend wir gemeinsam für eine sicherere Welt eintreten müssen, zeigt aktuell das unverant-

wortliche Verhalten Nordkoreas, das eine ernsthafte Bedrohung für den Weltfrieden darstellt. Wir müssen das klare Signal aussenden: Die internationale Gemeinschaft wird die nuklearen Provokationen Nordkoreas nicht akzeptieren. Deutschland begrüßt die vom Sicherheitsrat beschlossenen Sanktionen und hat sich für die schnelle Umsetzung auf europäischer Ebene stark gemacht. Gleichzeitig müssen wir alle diplomatischen Mittel nutzen, um zunächst die Lage zu entschärfen und dann einen Ausgangspunkt für längerfristige Lösungen zu finden. Die Lösung dieser internationalen Krise ist so wichtig, weil Nordkorea sonst Nachahmer finden wird. Wenn es einem Land gelingt, sich in den Besitz atomarer Waffen zu bringen und die internationale Staatengemeinschaft taten- und hilflos zusieht, dann wird es andere politische Führer geben, die diesem Beispiel folgen werden. Dann werden ganz neue nukleare Brandherde auf der Welt entstehen und unsere Kinder und Enkel werden in einer sehr gefährlichen Welt aufwachsen. Deshalb ist die atomare Bewaffnung Nordkoreas kein bilaterales oder regionales Problem, sondern eine weltweite Herausforderung, die wir gemeinsam bestehen müssen. Das Streben nach nuklearer Bewaffnung darf kein Erfolgsrezept internationaler Politik werden. Deshalb ist es jetzt wichtiger denn je, dass die internationale Architektur für Rüstungskontrolle und Abrüstung nicht ins Wanken gerät. Existierende Verträge und Vereinbarungen dürfen nicht infrage gestellt werden.

Das gilt auch ganz besonders für das Atomabkommen mit Iran. Das Abkommen eröffnet einen Ausweg aus der Sackgasse einer nuklearen Konfrontation, die die regionale Sicherheit gefährden würde und weit über die Region hinaus Konsequenzen hätte. Aber nur wenn alle Verpflichtungen konsequent eingehalten und die vereinbarte Transparenz hergestellt wird, kann das so dringend notwendige Vertrauen wachsen. Deutschland wird sich im Rahmen der E3+3-Verhandlungen daran beteiligen und engagiert dafür arbeiten, dass das Abkommen strikt umgesetzt wird und wir es erhalten. Hier geht es nicht nur um Iran. Es geht um die Glaubwürdigkeit der internationalen Gemeinschaft.

Denn welcher Staat sollte von einem eigenen Atomprogramm zum Bau nuklearer Waffen Abstand nehmen, wenn sich zeigt, dass einmal ausgehandelte Vereinbarungen keinen Bestand haben und Vertrauen in Absprachen mit der internationalen Staatengemeinschaft das Papier nicht wert sind, auf dem sie stehen? Wie wollen wir Länder wie Nordkorea davon überzeugen, dass internationale Verträge ihnen Sicherheit bieten und wir sie damit zur Abrüstung oder zur Nichtweiterverfolgung des Baus nuklearer Waffen anhalten, wenn das einzige internationale Beispiel, dass so etwas gelingen kann,

das Abkommen mit Iran, keine Wirkung mehr entfaltet und nicht mehr weiter existiert.

Was die Welt am dringendsten braucht, ist neues Vertrauen. Unsere Bitte, gerade mit Blick auf die Durchsetzung des Weiterverbreitungsverbots von atomaren Waffen, richtet sich deshalb an die USA, an Russland und an China, an alle die, die sich im Besitz von atomaren Waffen befinden. Diese Länder haben den Schlüssel in der Hand, um das Weiterverbreitungsverbot für nukleare Waffen und für Rüstungskontrolle und Abrüstung durchzusetzen. Dazu muss auch das Vertrauen zwischen Ihnen wieder wachsen.

Reden von Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika sind immer wichtig und interessant. Es lohnt sich, sie anzuhören und nachzulesen. Ich habe ein Zitat aus einer solchen Rede eines amerikanischen Präsidenten gefunden, das mir besonders gut gefallen hat. In dieser Rede forderte der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika »die allgemeine und vollständige Abrüstung«. Er sagt, jedes Jahr fließen Milliarden US-Dollar für Waffen in die Ausrüstung der Armeen, die dafür ausgegeben und gekauft werden, nur, damit sie niemals eingesetzt werden. Das sei sicher nicht die »effizienteste Methode der Friedenssicherung«. Das war die Rede des US-Präsidenten John F. Kennedy aus dem Jahr 1963. Sie sehen: Alles, was wir für eine sichere Zukunft brauchen, ist schon einmal gedacht, geschrieben und gesagt worden. Ich finde, wir sollten uns heute an diesen kühnen Visionen der Nord-Süd-Kommission und auch an denen John F. Kennedys orientieren und den Mut haben für neue Angebote für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung.

Zu unseren Aufgaben gehört auch, sich abzeichnende Krisen und Konflikte frühzeitig zu lösen. Jüngstes Beispiel ist die Eskalation der Gewalt gegen die Rohingya und die Fluchtbewegungen in der Region. Hier müssen wir schnellstens aktiv sein – humanitär und auch politisch –, um Elend zu lindern und den Konflikt zu beenden. Deutschland wird auch hier seine Hilfe für die Rohingya über das Internationale Rote Kreuz nochmals aufstocken.

Deutschland engagiert sich politisch, humanitär und auch mit praktischer Friedensarbeit in vielen Krisenregionen dieser Welt. Manchmal sind dafür auch militärische Einsätze unter dem Dach der Vereinten Nationen notwendig. Aber wir müssen aufpassen, dass wir in der Debatte um Friedenssicherung nie in eine Schieflage geraten. In dem Bericht der Nord-Süd-Kommission wird eine beeindruckende Rechnung aufgemacht. Die Militärausgaben eines halben Tages hätten damals ausgereicht, um die gesamte damalige Malariabekämpfung zu finanzieren. Ich vermute, dass heute dafür

nicht einmal mehr ein halber Tag notwendig wäre. Knapp 1,7 Billionen US-Dollar geben wir heute jährlich weltweit für Rüstung aus. Um das Sustainable Development Goal der Vereinten Nationen zu erreichen und bis 2030 die extreme Armut in der Welt zu beseitigen, bräuchten wir nur zehn Prozent davon. Wir haben als Deutsche unseren Ressourceneinsatz deshalb für zivile Friedensmaßnahmen in den letzten Jahren verdreifacht.

Es gibt aber auch Fortschritte, zum Beispiel in Irak. Dort müssen wir die Erfolge, die im Kampf gegen den sogenannten »Islamischen Staat« bislang erzielt wurden, rasch untermauern durch Wiederaufbau und Stabilisierungsmaßnahmen in den befreiten Städten und Gebieten. Deutschland hat deshalb entschieden, 250 Millionen Euro zusätzlich für den Wiederaufbau von Mossul bereitzustellen. Denn wir dürfen die Opfer der Gewalttäter des IS nicht alleine lassen. Wir müssen ihnen jetzt die Möglichkeit geben, in ihre Heimat zurückzukehren! Wichtig ist auch, einen demokratischen und inklusiven irakischen Staat zu stärken und ihn nicht durch Vorstöße einer einzelnen Teilregion der erneuten Gefahr von Destabilisierung und sogar Bürgerkrieg auszusetzen. Wir können die kurdische Regionalregierung im Norden Iraks nur bitten, keine neuen Konflikte in Irak auszulösen. Nichts brauchen dieses Land und die Menschen weniger, als neue Konflikte und Bürgerkrieg.

Auch im Konflikt in der Ukraine brauchen wir Fortschritte. Dort gibt es mit den Vereinbarungen

### Zu unseren Aufgaben gehört, sich abzeichnende Krisen und Konflikte frühzeitig zu lösen.

---

von Minsk einen klaren Friedensfahrplan, an dessen Zustandekommen Deutschland intensiv beteiligt war. Er basiert auf den Grundsätzen der friedlichen Konfliktbeilegung und der Unverletzlichkeit der Grenzen.

Wenn nun Vorschläge gemacht werden, auch eine Friedensmission der Vereinten Nationen einzusetzen, dann finde ich, sollten wir diese Ideen mit Nachdruck verfolgen. Ganz sicher stimmen wir noch nicht ausreichend überein, wie diese Friedensmission aussehen soll. Aber es ist unsere Anstrengung wert, diesen Versuch zu unternehmen, diese Friedensmission durchzusetzen, einen Waffenstillstand zu erreichen und schwere Waffen aus dem Konfliktgebiet zu entfernen. Wir bitten den Generalsekretär der Vereinten Nationen darum, sich stark bei diesem Vorhaben zu engagieren.

Sich nur um Fragen von Krieg und Frieden zu kümmern – darauf hat die Nord-Süd-Kommission hingewiesen –, wird nicht ausreichen. Sondern diese Fragen sind untrennbar verbunden mit der gerechten Verteilung von Ressourcen, mit wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung und mit der Einhaltung der universal anerkannten Menschenrechte. Nur eine Welt, in der Solidarität den Umgang miteinander bestimmt, wird uns letztlich Sicherheit und Frieden bringen. Die Agenda 2030 zeigt, dass die Staatengemeinschaft dies als »gemeinsames Interesse« identifiziert hat. Wenn wir die großen Ambitionen von

## Wenn wir die großen Ambitionen von Frieden, Sicherheit und Gerechtigkeit verwirklichen wollen, brauchen wir starke internationale Institutionen, allen voran die Vereinten Nationen.

---

Frieden, Sicherheit und Gerechtigkeit verwirklichen wollen, brauchen wir starke internationale Institutionen, allen voran die Vereinten Nationen.

Die Gründer der Vereinten Nationen waren nicht naiv – sie zogen ihre Erfahrungen aus den Schrecken der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Gerade deshalb haben sie uns die Charta mit ihren zeitlosen Prinzipien und Grundsätzen hinterlassen. Aber so wenig die Grundsätze der Vereinten Nationen veraltet sind, so sehr muss sich die Weltorganisation anpassen an die Herausforderungen unserer Zeit. Wir unterstützen deshalb den Generalsekretär darin, couragierte Reformen innerhalb der Vereinten Nationen voranzutreiben. Er setzt die richtigen Schwerpunkte. Wie gut die Reform der Vereinten Nationen gelingt, liegt zu einem wesentlichen Teil an uns, den Mitgliedstaaten. Wir müssen uns gemeinsam dafür stark machen, dass die Vereinten Nationen schlagkräftiger und effizienter werden. Einsparungen dürfen aus meiner Sicht nicht das primäre Ziel der Reformbestrebungen sein. Im Gegenteil: Die Vereinten Nationen werden eher mehr Geld für ihre Aufgaben brauchen. Wir müssen den Vereinten Nationen die Mittel zur Verfügung stellen, die sie brauchen, um erfolgreich zu sein.

Die Zahlen sprechen aktuell eine ganz andere Sprache: Das Welternährungsprogramm erhält heute weniger als 50 Prozent des Geldes, das nötig wäre, um die weltweiten Hungerkrisen zu bekämpfen. Das Weltentwicklungsprogramm erhält heute nur 15 Prozent seiner Beiträge als freie, ungebundene Zahlungen; 2011 waren es noch 50 Prozent.

In anderen UN-Hilfsprogrammen sieht es nicht besser, manchmal noch schlechter aus.

Es kann doch nicht die Aufgabe der Verantwortlichen der Vereinten Nationen sein, mehr Zeit damit zu verbringen, Bettelbriefe und Bittstellungen zu verteilen, um die notwendigen Finanzmittel zu bekommen, als effektive Hilfe zu organisieren. Hier müssen wir umsteuern. Den Vereinten Nationen müssen wir die Mittel und auch mehr Freiheiten geben. Und im Gegenzug brauchen wir mehr Effizienz und Transparenz über die Verwendung der Gelder. Deutschland jedenfalls steht zu seiner finanziellen Unterstützung für die Vereinten Nationen. Als viertgrößter Zahler von den festgesetzten Beiträgen und weit darüber hinaus, zum Beispiel als einer der größten Geber für humanitäre Hilfe weltweit, wollen wir auch in Zukunft einen substanzialen Beitrag leisten.

Ich finde, dass wir uns als Mitgliedstaaten jetzt ganz konkret eines weiteren Reformprojekts annehmen sollten, das lange überfällig ist. Die Zusammensetzung des Sicherheitsrats muss endlich auch die Realität der Welt widerspiegeln: Eine Welt, in der mehr Staaten als bei der Gründung der Vereinten Nationen vor mehr als 70 Jahren Verantwortung für Frieden und Sicherheit tragen – und bereit sind, dieser Verantwortung in den Vereinten Nationen gerecht zu werden. Deutschland ist bereit, zusätzliche Verantwortung zu übernehmen. Deshalb bewirbt sich mein Land um einen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für die Jahre 2019 bis 2020. Wir tun dies mit einem klaren Kompass – Frieden und Sicherheit, globale Gerechtigkeit und Menschenrechte sind untrennbar miteinander verbunden. Wir stehen für eine Reform und eine Reform des Sicherheitsrats und wir wollen dabei in Partnerschaft mit allen Mitgliedern der Vereinten Nationen zusammenarbeiten – in Afrika, Asien, in Amerika und Europa. Denn die globalen Probleme werden wir nur lösen können, wenn wir zu einem fairen und friedlichen Interessenausgleich aller Nationen bereit sind. Das ist ein mühsamer Weg – ja. Aber wir müssen den Mut aufbringen, ihn zu begehen. Denn, so formulierte es Willy Brandt als Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission für die Vereinten Nationen: Uns trägt die Überzeugung »dass Probleme, die von Menschen geschaffen werden, auch durch Menschen gelöst werden können.« Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten!

Die Rede wurde auf Deutsch gehalten.

Quelle: <https://gadebate.un.org/en/72/germany>